

PROTOKOLL

**über die 29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 24.02.2014 im Bürgerhaus Assenheim**

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 21:15 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(29 Mitglieder)

Michael Hahn
Torsten Hahn
Petra Kremer
Oliver Herbert
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Stephanie Rotter
Sven Schäfer
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Erland Kalbhenn
Heinz Kimmel
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Andreas Momberger
Achim Saßmannshausen
Lutz Sierach
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Karl Stier
Dr. Dirk Schneider

es fehlten: Gerhard Einhoff - entschuldigt
Stefan Koschorr - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Ursula Einhoff
Herbert Porth
Erhard Reiter

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen
- (2) Veränderung im Magistrat
Ausscheiden des Stadtrates Kai Rauscher aus dem Magistrat
Ernennung von Frau Ursula Einhoff als Stadträtin (Vorlage-Nr. 72a/2013)
- (3) Beschluss über die Gültigkeit der
Bürgermeisterwahl am 19.01.2014 (Vorlage-Nr. 7/2014)
- (4) Antrag der SPD-Fraktion (Vorlage-Nr. 69/2013
Fortführung der Veranstaltungsreihe „Kunst am Fluss“ + Bericht aus HuF)
- (5) Vertrag mit German Radar - Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 8-1/2014
+ Bericht aus HuF)
- (6) Zweite Änderungssatzung zur Abfallsatzung
Beschlussfassung (Gebührensenkungen) (Vorlage-Nr. 9/2014
+ Bericht aus HuF)
- (7) Baulandentwicklung Bönstadt (Bericht aus HuF
Entscheidung für einen Bauträger + BauA)
- (8) Neufassungen der Kindergartengebührensatzung
und Benutzungssatzung (Vorlage-Nr. 10/2014
+ Bericht HuF / SozA)
- (9) Breitbandversorgung - Gesellschaftsvertrag (Vorlage-Nr. 11/2014)
Breitbandbeteiligungsgesellschaft - Beschlussfassung
- (10) Beschluss von außerplanmäßigen Auszahlungen (Tischvorlage)
- (11) Vereinfachte Umlegung I 10 „Im Kloster / Gutshöfe“ (Vorlage-Nr. 12/2014)
Ilbenstadt - Beschluss von außerplanmäßigen Aufwendungen
- (12) Erweiterung Marie-Curie-Straße im Stadtteil Ilbenstadt (Vorlage-Nr. 13/2014)
Beschluss von außerplanmäßigen Aufwendungen
- (13) Verbindungsweg Am Krautgarten im Stadtteil Ilbenstadt (Bericht aus BauA)
Beschluss über den Ankaufspreis
- (14) Erweiterung Baugebiet K 9 „Hinter der Steinernen Pforte“ (Vorlage-Nr. 66/2013
Stadtteil Kaichen - Beschlussfassung über die Aufstellung + Bericht aus BauA)
eines Bebauungsplanes
- (15) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen (Vorlage-Nr. 70/2013
Kindertagesstätte Kaichen - Beantragung einer + Bericht aus SozA)
Betriebserlaubnis nach neuem Recht
- (16) Antrag der SPD-Fraktion - Parkplätze Friedhof Kaichen (Vorlage-Nr. 01/2014)
- (17) Antrag der SPD-Fraktion - Wegebeschaffenheit Friedhof Kaichen (Vorlage-Nr. 02/2014)
- (18) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen - Umbruch von Grünflächen (Vorlage-Nr. 03/2014)

(19) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen (Vorlage-Nr. 04/2014)
Illegale Gebäudenutzung im Außenbereich

(20) Anfrage der SPD-Fraktion (Vorlage-Nr. 05/2014)
Sachstand Ortsumgehung Ilbenstadt

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal. Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 28. Sitzung am 11.12.2013 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

Änderungswünsche zur heutigen Tagesordnung:

Dieter Eisenberg beanstandet, dass zu **TOP 8 „Neufassung der Kindergartengebührensatzung und Benutzungssatzung“** die Textvorlage unzureichend und nicht übereinstimmend sei. In den Ausschuss-Sitzungen sind verschiedene Änderungen der Gebührensatzung besprochen worden, die jedoch in der jetzt vorliegenden Satzung noch nicht aufgenommen wurden. Er stellt daher den Antrag, diesen Punkt heute abzusetzen.

Bürgermeister Dr. Hertel sagt hierzu, dass die „20 %ige Erhöhung in der vorliegenden Gebührensatzung eingearbeitet, wie sie auch im SozA verabredet wurde. Die weiterhin besprochenen „redaktionellen“ Änderungen seien ebenfalls in der Vorlage berücksichtigt. Man könne jedoch diese Änderungen noch einmal in einer neuerlichen Beratung (im März ?) zur Sprache bringen; heute Abend wäre dann nur über die 20 %ige Gebührenerhöhung zu beschließen.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass die 20 %ige Gebührenerhöhung als Beschluss heute ansteht und somit die Absetzung des TOP 8 nicht mehr ausgesprochen werden kann. - Weitere Einzelheiten zu der künftigen Vorgehensweise werden noch abgesprochen.

Michael Hahn beantragt **Sitzungsunterbrechung für Beratung des Ältestenrat**, dem stattgegeben wurde.

Der Bürgermeister bittet um weitere Änderung, den **TOP 13 „Verbindungsweg Am Krautgarten, Ilbenstadt“ abzusetzen**, da noch keine Stellungnahme und somit auch keine Beschlussempfehlung über den Ankaufspreis vorliegt.

Dieter Eisenberg beantragt weiterhin, **TOP 15 „Kindertagesstätte Kaichen - Betriebserlaubnis“ abzusetzen**, da Ergebnisse aus dem Ausschuss noch nicht vorliegen und dieser Punkt zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal auf die Tagesordnung genommen werden soll.

(1) Mitteilungen

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates:

Zuweisung von Flüchtlingen

Der Wetteraukreis hat der Stadt Niddatal einen Zuweisungsbescheid über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nach dem Landesaufnahmegesetz zugestellt. Danach werden der Stadt Niddatal ab dem 21.3.2014 **21 Personen** für den Zeitraum vom 1.1.2014 bis 30.6.2014 zugewiesen.

Grundlage für die Zuweisung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen in den Wetteraukreis ist das Hessische Landesaufnahmegesetz. Die Verpflichtung zur Aufnahme besteht für die Landkreise und Gemeinden. Die Zuweisung an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden wurde mit Beschluss des Kreisausschusses vom 8.10.2013 festgelegt.

Am 14.1.2014 hat das Regierungspräsidium Darmstadt den aufnahmeverpflichteten hessischen Gebietskörperschaften die Anzahl der im 1. Halbjahr 2014 aufzunehmenden Flüchtlinge mitgeteilt. In der Zeit vom 1.1. bis zum 30.6.2014 sind vom Wetteraukreis 325 Personen aufzunehmen. Nach Mitteilung des Wetteraukreises müssen darüber hinaus weitere Personen (ca. 25 % dieser Quote) im Wege von Asylfolgeanträgen und sonstigen Zuweisungen aufgenommen werden.

Der Wetteraukreis hat weiter mitgeteilt, dass die kreiseigenen Aufnahmekapazitäten bereits vollständig belegt und die möglichen Notunterkünfte nahezu ausgeschöpft seien. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit sei eine direkte Zuweisung an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden notwendig.

Der Magistrat hat gegen diesen Zuweisungsbescheid Widerspruch eingelegt. Dieser richtet sich nicht gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern gegen die Art, wie diese Zuweisung im Wetteraukreis gehandhabt wird. Wir sind mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden und würden uns in diesem Zusammenhang etwas mehr Kooperation zwischen dem Kreis und den einzelnen Kommunen wünschen.

Michael Hahn fragt nach den Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge, die in Niddatal aufgenommen werden sollen ?

Antwort: Wir haben im Moment verschiedene Möglichkeiten, die wir noch prüfen. Zum Beispiel: in der Alten Schule Kaichen - in Ilbenstadt (von Privat) - leerstehende Wohnungen in Assenheim, die der Stadt gehören. Unter TOP 10 (Beschluss von außerplanmäßigen Auszahlungen) sind 15.000 Euro eingestellt, die für Renovierung dieser Räumlichkeiten verwendet werden sollen.

Der Erste Stadtrat Kurt Meisinger teilt folgende Information des **Regionalverband FrankfurtRheinMain** mit:

Wie bereits aus Pressemeldungen zu entnehmen war, finden Informationsveranstaltungen des Regionalverbandes über „Erneuerbare Energien“ statt. Die ersten Termine sind
am 10.3.2014 um 18:00 Uhr im Kreishaus Friedberg
und am 11.3.2014 um 18:00 Uhr im Kreishaus Bad Homburg
Die zuständige Dezernentin ist Frau Birgit Simon.
Weitere Einzelheiten zu diesem Thema sind auch im Internet eingestellt.

Dieter Eisenberg berichtet, dass im SozA über die neue Betriebserlaubnis für Kindergärten und Belegungssituation gesprochen wurde. Es fand eine lange Diskussion darüber statt, wie es z.B. im städtischen Kindergarten Assenheim weitergehen soll. Von der zuständigen Leiterin wurden interessante Hinweise gegeben und auch vorgeschlagen, für die Kinder von Mäusezahn ein größeres Raumangebot zu schaffen.

**(2) Veränderung im Magistrat
Ausscheiden des Stadtrates Kai Rauscher aus dem Magistrat
Ernennung von Frau Ursula Einhoff als Stadträtin**

Bürgermeister Dr. Hertel hat mitgeteilt, das Herr Kai Rauscher Anfang November 2014 um seine Entlassung aus dem ehrenamtlichen Magistrat gebeten hat. Diesem Wunsch wurde entsprochen und als Nachfolgerin Frau Ursula Einhoff nominiert.

Daraufhin wurde Frau Ursula Einhoff nach den Regeln des § 46 Abs. 1 HGO mit Ernennungsurkunde in ihr Amt eingeführt, hat den protokollarischen Amtseid abgelegt und wurde als neues Mitglied im Magistrat herzlich willkommen geheißen.

Als Nachrücker für Ursula Einhoff hat Dr. Hertel Herrn Sven Schäfer benannt. Auch er wurde als neues Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung der CDU-Fraktion herzlich willkommen geheißen, mit dem Wunsch auf gute Zusammenarbeit.

**(3) Beschluss über die Gültigkeit der
Bürgermeisterwahl am 19.01.2014**

Dr. Bernhard Hertel und Dr. Dirk Schneider verlassen den Saal
(§ 25 HGO)

Der Stadtverordnetenvorsteher bestätigt die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl vom 19.01.2014. Das Ergebnis ist eindeutig vom Wahlausschuss festgestellt worden. Es hat hierzu keine Einsprüche und Anfechtungen gegeben; die gültige Wahl ist in den entsprechenden Amtsblättern veröffentlicht worden.

Es wurde daraufhin abgestimmt, wer seine Zustimmung geben möchte, dass die Bürgermeisterwahl vom 19.01.2014 gültig ist.

Ergebnis: 29 Ja-Stimmen = einstimmig

Dr. Hertel und Dr. Schneider nehmen wieder an der Sitzung teil.

**(4) Antrag der SPD-Fraktion
Fortführung der Veranstaltungsreihe „Kunst am Fluss“**

Achim Saßmannshausen bezieht sich auf die Beratungen und Abstimmung im HuF am 10.12.2013, wo man übereingekommen war, diese Veranstaltungsreihe beizubehalten. Allerdings muss die finanzielle Ausstattung hierfür noch beschlossen werden.

Michael Hahn befürwortet auch, „Kunst am Fluss“ fortzusetzen, da dies für Niddatal schon zum Aushängeschild geworden ist. Die finanzielle Machbarkeit muss allerdings gesichert sein, was zur Zeit nicht gewährleistet werden kann. Die CDU-Fraktion möchte daher diesen TOP noch etwas „auf die lange Bank schieben“, um gegebenenfalls später hierfür positiv entscheiden zu können (nächste Veranstaltung in 2016) und **beantragt, erst die Eröffnungsbilanz und den Haushalt 2014 abzuwarten.**

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 20 Ja-Stimmen 9 Nein-Stimmen = so beschlossen

(5) Vertrag mit German Radar - Beschlussfassung

Achim Saßmannshausen berichtet, dass über diesen Punkt im HuF diskutiert und abschließend mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgestimmt wurde, dass die Vertrags-Variante 1 mit der ergänzenden Vereinbarung abgeschlossen werden soll.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Beschlussempfehlung wie vorgenannt seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 28 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = somit so beschlossen

**(6) Zweite Änderungssatzung zur Abfallsatzung
Beschlussfassung (Gebührensenkungen)**

Achim Saßmannshausen berichtet:

Nach Abschluss der Debatte im Ausschuss wurde mit folgendem Ergebnis abgestimmt :
3 Ja- 4 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = somit kann keine Beschlussempfehlung
gegeben werden. Weiter sagt er, dass die SPD-Fraktion dieses Ergebnis bedauere, da
nun die zu erwartende jährliche Ersparnis von ca. 50.000 Euro für die Bürger nicht
realisiert werden könne. Die dargelegten Gründe seien nur zum Teil nachvollziehbar
und man werde den Antrag auch weiter unterstützen.

Dieter Eisenberg merkte hierzu noch an, dass die Jahresersparnis seiner Berechnung
nach wesentlich niedriger ausfallen würde, d.h. die Kosten stehen in keinem Verhältnis
zum Ertrag. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Beschlussfassung „Gebühren-
senkungen“ seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 9 Ja- 19 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit abgelehnt

**(7) Baulandentwicklung Bönstadt
Entscheidung für einen Bauträger**

Achim Saßmannshausen berichtet, dass in der BauA-Sitzung mit dem HuF sowie
mit Vertretern von Bien Zenker, HLG und Terramag über dieses Vorhaben
diskutiert wurde. Die Beschlussempfehlung **fiel zu Gunsten Terramag aus**
mit 9 Ja- 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem gestellten Antrag, für das
Projekt „Baulandentwicklung Bönstadt - Entscheidung für einen Bauträger“ eine
weitere Gesprächsrunde im März 2014 vorzusehen, seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen 20 Nein-Stimmen = somit abgelehnt

Die nächste Abstimmung: Wer der Empfehlung aus dem Ausschuss, für Terramag
seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 19 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen
= somit so beschlossen**

**(8) Neufassung der Kindergartengebührensatzung
und Benutzungssatzung**

Achim Saßmannshausen berichtet, dass über dieses Thema am 20.2.2014 in der
gemeinsamen Sitzung des SozA und HuF diskutiert wurde. Es konnte nicht über alle
Punkte Einigung erzielt werden; man hat sich nur darauf verständigen können, eine
Änderung zur Kindergartengebührensatzung, d.h. eine 20 %ige Erhöhung der Gebühren
beschließen zu wollen. Hierzu wurde abgestimmt mit 14 Ja-Stimmen 1 Gegen-
Stimme und 1 Enthaltung.

Roland Gosebruch hat zu der vorgesehenen Änderung der Kindergartengebührensatzung noch Hinweise gegeben und dafür einen ergänzenden Text für den Beschlussvorschlag formuliert.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorliegenden Entwurf der Zweiten Änderungssatzung zur Kindergartengebührensatzung als Satzung.
(nachfolgender Text von Roland Gosebruch)

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Niddatal weiteren Änderungsbedarf aufweist. Diese Änderungen werden in der nächsten Sitzung des SoZA mit dem Ziel behandelt, sie in der nächsten Sitzung der StVV beschließen zu können.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Beschlussvorschlag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 29 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

Der Stadtverordnetenvorsteher weist noch darauf hin, dass dieser Beschlusstext alle vorgesehenen Änderungen und weiteren Änderungsbedarf einbezieht, und wir in der nächsten StVV im März eine Endfassung rechtzeitig zur Kenntnis nehmen und dann beschließen können.

Markus Nikleniewicz beantragt zur Klarstellung eine nochmalige Abstimmung, da seine Fraktion sich grundsätzlich gegen die 20 %ige Erhöhung der Gebührensatzung ausspricht.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nun abstimmen, wer dem Zusatz von Roland Gosebruch in der Beschlussfassung seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 24 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen = so beschlossen

**(9) Breitbandversorgung - Gesellschaftsvertrag
Breitbandbeteiligungsgesellschaft - Beschlussfassung**

Achim Saßmannshausen berichtet, dass über diesen Punkt in der Sitzung des HuF am 18.2.2014 diskutiert wurde. Nach Abschluss des Gespräches wurde der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

Roland Gosebruch hat zu dem Gesellschaftsvertrag einige Anmerkungen:
Ihm erscheint die Berechnung der Geschäftsanteile relativ komplex. Mit welchen Kosten hat die Stadt zukünftig zu rechnen, z.B. für den Erwerb der Geschäftsanteile und ggfs. bei Kapitalerhöhungen für den Finanzierungsbedarf ?

Der Bürgermeister erklärt, dass derzeit etwa 5.100 Euro für diesen Erwerb zu zahlen sind. Wir haben jedoch den Vorbehalt eingeräumt, dass wir aus dem Vertragsverhältnis „aussteigen“ können, wenn genauere Kostenschätzungen vorliegen, die dann für uns nicht mehr tragbar sind.

Hans-Joachim Mücke möchte wissen, ob es vorgesehen ist, dass die Breitbandversorgung flächendeckend für alle Stadtteile in Niddatal gilt ?

Antwort: Es ist vorgesehen, dass für die Kommunen, die dem Vertrag beitreten, auch flächendeckend die Versorgung umgesetzt wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:
Die StVV beschließt, der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetteraukreis GmbH beizutreten. Dies gilt unter dem Vorbehalt, dass der Stadt Niddatal ein Ausstiegsrecht bis zur Kostenberechnung eingeräumt wird. - Wer dem seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 29 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

(10) Beschluss von außerplanmäßigen Auszahlungen

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass wir derzeit eine „vorläufige Haushaltsführung“ haben, da der vorgelegte Haushaltsentwurf für 2014 noch nicht genehmigt werden konnte. Solange sind alle notwendigen Ausgaben vorher von der StVV einzeln zu beschließen. Der Magistrat bittet daher um Freigabe der in der heutigen Tischvorlage aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlungen.

Der Bürgermeister antwortet zu der Rückfrage von Dennis Brechtel, dass es sich bei der Position „Austausch von Arbeitsplatzrechner“ um insgesamt 14 Rechner handelt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Beschluss von außerplanmäßigen Auszahlungen seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 29 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

(11) Vereinfachte Umlegung I 10 „Im Kloster / Gutshöfe“ Ilbenstadt Beschluss von außerplanmäßigen Aufwendungen

Der Bürgermeister erläutert zu diesem Vorgang kurz die Hintergründe der Beschlussempfehlung aus dem Magistrat, die wie folgt lautet:

Die StVV beschließt außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 24.780 Euro, um die Auszahlung für Minderzuteilung im vereinfachten Umlegungsverfahren I 10 (Im Kloster / Gutshöfe) vornehmen zu können. Diese Ausgabe werde den Haushalt nicht belasten, hat er noch erklärt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Beschluss seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 29 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

**(12) Erweiterung Marie-Curie-Straße im Stadtteil Ilbenstadt
Beschluss von außerplanmäßigen Aufwendungen**

Auch hierzu hat der Bürgermeister Hintergrundinformationen gegeben, warum der Magistrat die Freigabe der außerplanmäßigen Ausgaben von rd. 22.000 Euro zur Finanzierung der Ingenieurleistungen benötigt.

Florian Porth berichtet, dass dieser Punkt in der Sitzung des BauA am 17.2.2014 zur Diskussion stand und mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung für den Antrag gestimmt wurde.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer den außerplanmäßigen Ausgaben wie vorgenannt seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 29 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

**(13) Verbindungsweg Am Krautgarten im Stadtteil Ilbenstadt
Beschluss über den Ankaufspreis
wurde zurückgezogen - siehe hierzu Seite - 3 -**

**(14) Erweiterung Baugebiet K 9 „Hinter der Steinernen Pforte“
Stadtteil Kaichen - Beschlussfassung über die Aufstellung
eines Bebauungsplanes**

Florian Porth berichtet, dass auch dieser Punkt in der BauA-Sitzung am 17.2.2014 behandelt wurde. Nach längerer Diskussion hat man sich mit 5 Ja- und 3 Nein-Stimmen für die Variante 2 (mit den neuen Bauplätzen) entschieden.

Michael Hahn hat zu dem Projekt die Aussage der CDU-Fraktion mitgeteilt. Nach vorausgegangener eingehender Beratung möchte man eine andere Variante favorisieren und den Antrag stellen, das Baugebiet „Hinter der Steinernen Pforte“ mit 3 Bauplätzen - die noch maximal möglich sind - an das vorhandene Baugebiet anzuschließen. Weiter beantrage man, nach der Ablauffrist Dorferneuerung Kaichen das Baugebiet Waldstraße in Kaichen wieder zu priorisieren.

Der Bürgermeister hat hierzu angemerkt, dass im Magistrat beide Varianten bereits zur Diskussion standen. Nach Gegenüberstellung der Kostenschätzungen würde man vorerst die kleine Variante favorisieren und später (nach 2017) die Erweiterung des Baugebietes Waldstraße / Panoramaweg vorantreiben.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte für die Aufstellung eines Bebauungsplanes „Kleine Variante“.

Ergebnis: 23 Ja- 1 Nein-Stimme 5 Enthaltungen = so beschlossen

- (15) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen
Kindertagesstätte Kaichen - Beantragung einer
Betriebserlaubnis nach neuem Recht
wurde zurückgezogen - siehe hierzu Seite - 4 -**

(16) Antrag der SPD-Fraktion - Parkplätze Friedhof Kaichen

Achim Saßmannshausen beantragt, dass dieser Punkt in den BauA überwiesen wird, da noch Diskussionsbedarf bestehe.

Florian Porth fügt an, dass dieses Thema auch den HuF betreffen würde und von daher eine gemeinsame Diskussionsrunde BauA und HuF stattfinden sollte.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte, dass dieser Antrag für eine gemeinsame Sitzung in den BauA und HuF überwiesen wird.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen = so beschlossen

(17) Antrag der SPD-Fraktion - Wegebeschaffenheit Friedhof Kaichen

Achim Saßmannshausen erläutert den Antrag und möchte, dass die Kosten hierfür im BauA ermittelt werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Überweisung dieses Antrages in den BauA seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 29 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

(18) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen - Umbruch von Grünflächen

Markus Nikleniewicz hat vorgeschlagen, dass dieser Antrag ohne vorherige Aussprache in den BauA überwiesen wird. Weitere Einzelheiten würden dann gegeben werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Antrag „Überweisung in den BauA ohne vorherige Diskussion“ seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 21 Ja-Stimmen 1 Enthaltung 7 Nichtbeteiligungen
= somit so beschlossen**

**(19) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen
Illegale Gebäudenutzung im Außenbereich**

Auch hierfür hat Markus Nikleniewicz beantragt, diesen Antrag ohne vorherige Aussprache in den BauA zu überweisen. Weitere Erläuterungen könnten dann erfolgen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Überweisung in den BauA seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 20 Ja-Stimmen 9 Enthaltungen = somit so beschlossen

(20) Anfrage der SPD-Fraktion - Sachstand Ortsumgebung Ilbenstadt

Der Bürgermeister teilt mit:

Es liegt hierzu ein Schreiben von Hessen Mobil vor (vom 13.2.2014), das er auf Wunsch gerne zur Verfügung stellt. In diesem Brief sind die Auskünfte gegeben, die mit der SPD-Anfrage gewünscht wurden.

Der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann stellt fest, dass wir hiermit zum Ende der heutigen Tagesordnung gekommen sind und bezeichnet die Sitzungszeit dafür als „sensationell“.

Er erklärt um 21:15 Uhr die Sitzung für beendet.

Mit seinem Dank für die rege und engagierte Mitarbeit wünscht er den Damen und Herren einen guten Nachhauseweg.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin